

Scheuch, Erwin K.

Article — Digitized Version

Meine Meinung zur Wahl

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Scheuch, Erwin K. (1969) : Meine Meinung zur Wahl, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 49, Iss. 10, pp. 543-544

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134021>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Meine Meinung zur Wahl

Noch heute wird in den Parteizentralen und den Büros der Meinungsforscher darüber gerätselt, woher Stimmengewinne und -verluste kamen. Einige Bewegungen sind eindeutig: Die SPD gewann in erster Linie frühere CDU-Wähler hinzu und ferner in kleinerem Umfange Jungwähler. Insbesondere der Gewinn früherer CDU-Wähler war wirklich entscheidend für das Abschneiden der Sozialdemokraten. Der von Wehner erhoffte Effekt war eingetreten. — Die CDU gewann von keiner einzelnen Gruppe in größerem Umfange Wähler. — Die FDP mußte ungefähr gleich viel Wähler an CDU und an die SPD abgeben, konnte aber relativ gute Erfolge bei den Jungwählern erzielen. Während des gesamten Wahlkampfes waren die Wählerschwankungen hoch. Neu für diese Wahl war dabei, daß solche Wähler, die sich bereits im Frühjahr für eine Partei entschieden hatten, im Verlaufe des Wahlkampfes ihre Meinung änderten. Also doch der politischste Wahlkampf, den die Bundesrepublik bisher hatte? So versprochen es ja zu Beginn des Jahres 1969 einige Politiker. Antwort: Nein.

Die bemerkenswerteste Eigenheit dieses Wahlkampfes, und der diesem Wahlkampf vorausgehenden Entwicklung, war eine allgemeine Abnahme der Animositäten verschiedener Wählergruppen gegeneinander. Heute finden CDU-Wähler die Wähler der Sozialdemokraten ebenso sympathisch wie umgekehrt diese die Wähler der CDU. Lediglich die positive Einstellung der FDP-Wähler zu denen der beiden anderen Parteien bleibt ohne volle Gegenliebe: Die FDP ist jetzt relativ isoliert. Jedenfalls gilt heute, was zuvor nie in der Bundesrepublik zutraf: Jedwede Form der Koalition darf auf einen erheblichen Vorschub an Vertrauen bei den Wählern rechnen.

Heute ist die psychische Distanz zwischen den Anhängern verschiedener Parteien so gering, daß tatsächlich nicht mehr bloße historische Bindungen einer Gruppe an eine Partei wahlentscheidend bleiben, sondern — richtige oder falsche tut nichts zur Sache — Urteile über die

Wirksamkeit einer präsumtiven Regierung. Hier glaubte sich die CDU eindeutig im Vorteil, war doch ihr Kanzler Kiesinger ungleich populärer als Willy Brandt. Das wird durch Sozialforschung bestätigt; bestätigt wird aber auch, daß Kiesinger von allen drei bisherigen Kandidaten der CDU: Adenauer, Erhard, Kiesinger, in der öffentlichen Meinung relativ das geringste Ansehen, ja das geringste Vertrauen genießt. Nur der Tatsache, daß Willy Brandt — aus welchen Gründen immer — als Kanzlerkandidat nicht sehr überzeugt, läßt Kiesinger im Vergleich als Wahllokomotive erscheinen. Demgegenüber wird jedoch die technische Kompetenz einiger SPD-Minister (Leber, Schiller, Wehner, Strobel, Lauritzen) sehr geschätzt. Die SPD hatte zwar keinen wirklichen Kanzlerkandidaten; sie durfte im Wahlkampf jedoch überzeugend verkünden, daß sie regierungsfähig sei, ja als Team regierungsfähiger als die CDU.

*

Wahlkämpfe entscheiden heute kaum mehr Wahlen. In der Bundesrepublik führten im Jahre 1969 beide großen Parteien CDU und SPD technisch gute Wahlkämpfe, basierend auf einer guten Diagnose eigener Stärken und Schwächen. Lediglich die FDP konnte die Gefahr einer zwar sehr interessanten, aber verstoßt wirkenden Selbstdarstellung nicht ganz vermeiden. Entscheidend war bei all den verschiedenen Themen dieses mit einiger Heftigkeit geführten Kampfes nicht wirklich die Thematik, sondern das Thema als Beleg für bessere Regierungsfähigkeit einer der beiden großen Bewerber.

SPD für Aufwertung der DM — CDU verteidigt den Kurs der Währung! SPD für neue Initiative in der Ostpolitik — CDU für Vorsicht vor einem Ausverkauf von Positionen! CDU für Ruhe und Ordnung — SPD für ein modernes Deutschland! An den wilden Streiks ist Schiller mit seinem Krankbeten unseres Preisniveaus schuld — die CDU ist schuld wegen des Widerstandes gegen die Aufwertung! Dazwischen versprach die FDP das Abschneiden von Zöpfen mit Ausnahme des wichtigsten

Zopfs der Nachkriegspolitik: nämlich daß die kleinste Partei die Bedingungen für die Regierungsbildung bestimmt. Unsere Presse der Bundesrepublik diskutierte diese Aussagen ernsthaft als Ausdruck unterschiedlicher politischer Orientierungen. Ebenso gut unterrichtete sich ein Wähler, wenn er statt der politisch ambitionierten Zeitungen Kriminalromane las, in Bildheftchen schaute oder sich für die Fußball-Bundesliga interessierte.

Aber die wirklichen Unterschiede in politischen Sachfragen bestanden nicht zwischen den Parteien, sondern zwischen einzelnen Politikern. Schiller als Freund der Aufwertung: Welch ein Erfolg einer Spekulation auf die Vergeßlichkeit der Presse, daß Karl Schiller bis April 1969 kein Freund der Aufwertung der DM war und auch dann nur eine halbherzige Aufwertung empfahl. Welch eine Einigkeit herrschte schließlich zwischen den beiden großen Parteien des Bundestages, den EWG-Vertrag und vor allem das Abkommen von Bretton Woods Papier sein zu lassen und den Kurs der DM freizugeben. In der Behandlung von Verträgen, die Politikern nicht mehr passen, kennen wir Deutsche eben keine Parteien mehr, sondern nur noch Deutsche. Abgewandeltes Habsburger Motto für die Bundesrepublik: „Andere Völker binden sich an Verträge, wir glücklichen Deutschen handeln“.

Gegensätze in der Ostpolitik? Gewiß: die FDP empfiehlt so etwas wie einseitige Konzessionen als eine Art Mutprobe internationaler Politik. Ansonsten aber geschieht dem Opportunismus der wichtigen deutschen Politiker bitterstes Unrecht, wenn man ihnen grundsätzliche Gegensätze nach Parteien geschieden zuschreibt. Es gibt die Ostpolitik der „kleinen Schritte“, die ohne generelles Einverständnis mit Moskau jeweils sich bietende Gelegenheiten bei anderen Staaten des Ostblocks wahrnimmt, und Willy Brandt ist ihr Prophet. Und es gibt die andere Ostpolitik, die ein generelles Einverständnis mit der UdSSR als Voraussetzung für die anderen Aktionen voraussetzt – und auch die hat in der SPD ihre prominenten Propheten. Vielleicht hat nur die FDP wirklich eine andere Ostpolitik: Rücken frei zum Osten schaffen für eine nationalistische Politik gegenüber den anderen Nachbarn – eine alte Tradition der deutschen liberalen Parteien.

Sachfragen als grundsätzliche Streitfragen zwischen SPD und CDU? Hier waren die Wähler realistischer als die Journalisten. Sie entschieden sich letztlich nach dem Zutrauen, daß die eine oder andere der beiden großen Parteien handlungsfähiger sei. Das aber wird

keine der beiden großen Parteien in einer kleinen Koalition sein – mit Ausnahme einiger symbolischer Aktionen während des ersten Jahres der Regierung.

*

Das Wahlergebnis drückt den Wunsch aus, daß eine der beiden großen Parteien ihre Fähigkeit zum Regieren unter Beweis stelle. 88,9% der Wähler gaben einer der großen Parteien ihre Stimme. Meinungsforschung zeigt, daß Alleinregierung der SPD oder der CDU oder große Koalition die wirklich gewünschten Formen der neuen Regierung sind. Die Wähler begingen nur einen Irrtum: Eine solche Entscheidung können sie mit ihrem Stimmzettel bei einem Proporzwahlrecht nicht treffen. Ein Proporzwahlrecht überläßt es eben den Politikern, wie die Stimmen in Koalitionsverhandlungen verwertet werden. Nie zuvor waren die Bedingungen für die Einführung des Mehrheitswahlrechtes so günstig. Nie brauchte die SPD weniger Angst zu haben, bei einem solchen Wahlrecht zweiter Sieger zu bleiben. Erstmals eroberte sie die Mehrheit aller Wahlkreise.

Und doch besteht in beiden Parteien eine Vorliebe, mit den Trümmern der FDP eine kleine Koalition einzugehen. Dies ist eine um so abenteuerlichere Entscheidung, als diese FDP in entscheidenden Fragen der Politik völlig uneins ist. Mindestens ein Drittel ihrer Wähler sind als konservativ einzustufen – und dies sind gerade die noch verbliebenen Stammwähler. Etwa 50% der FDP-Wähler sind heute „links“, sind aber gerade diejenigen, die als Wechselwähler nur lose mit der FDP verbunden sind.

So gibt es eigentlich nur ein rationales Kalkül, eine kleine Koalition einzugehen: Gemeinsame Regierung, solange der Vorrat an Gemeinsamkeiten reicht. Und dann Neuwahlen. Das ist für eine SPD/FDP-Koalition einfacher zu erreichen, da Willy Brandt und Bundespräsident Heinemann sich über eine solche Auflösung wohl etwas schneller verständigen könnten als ein CDU-Kanzler mit dem Bundespräsidenten.

Ob eine große Koalition mit dem Ziel der Einführung des Mehrheitswahlrechtes – oder eine kleine Koalition mit oder ohne Image der Fortschrittlichkeit: Es wäre sehr überraschend, wenn dieser neugewählte Bundestag vier Jahre im Amte bliebe. Die Wähler kräftigten mit ihrer Entscheidung die Voraussetzungen für eine stabile Demokratie. Die Politiker riskieren mit Koalitionen, die mit einem dolus eventualis geschlossen werden, den Einzug der NPD in den nächsten Bundestag.